



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR GEOLOGIE
UND BERGBAU

Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz
Postfach 10 02 55 | 55133 Mainz

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)
Stellv. Vorsitzenden der Geschäftsführung
Herrn Steffen Kanitz
Eschenstraße 55
31224 Peine

Emy-Roeder-Straße 5
55129 Mainz
Telefon 06131 9254-0
Telefax 06131 9254-123
Mail: office@lgb-rlp.de
www.lgb-rlp.de

14.08.2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/in / E-Mail	Telefon
Bitte immer angeben! 2300/19-013 [redacted].hue/mwa	SG02101/26- 3/39-2020#41 vom 07.07.2020	AG GeolDG geoldg@lgb-rlp.de	06131 9254-0

Kategorisierung von Daten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens nach dem Geologiedatengesetz

Sehr geehrter Herr Kanitz,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben vom 7. Juli 2020 bzgl. der Zuordnung von Daten zu den verschiedenen Datenkategorien als Voraussetzung für die öffentliche Bereitstellung von Daten wurde dem Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) durch das rheinland-pfälzische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) weitergeleitet. Nach einer ersten Prüfung nimmt das LGB mit Zustimmung des MWVLW hierzu wie folgt Stellung.

1. Verwaltungsverfahren

Im genannten Schreiben fordern Sie das LGB auf, für alle Ihnen gelieferten geologischen Daten nach § 29 Absatz 5 Satz 2 GeolDG innerhalb der gemäß § 33 Absatz 8 Satz 1 GeolDG vorgegebenen Frist Prüfungen durchzuführen und Verwaltungsakte zu erlassen.

Wir weisen darauf hin, dass in RLP grundsätzlich das Widerspruchsverfahren vor der Einschaltung von Gerichten durchgeführt wird. Somit ist vor der Zusendung der von Ihnen angeforderten etwaigen gerichtlichen Entscheidungen vom LGB über mögliche Widersprüche nach ordnungsgemäßem Ermessen (§ 32 Geologiedatengesetz) zu

Bankverbindung: Bundesbank Filiale Ludwigshafen
BIC MARKDEF1545
IBAN DE 79 545 000 000 054 501 505
Ust. Nr. 26/673/0138/6





entscheiden. Daher werden wir Ihnen die eingegangenen Widersprüche für jeden Einzelfall zur Kenntnis geben. Auf dieser Grundlage kann die BGE prüfen, ob damit ein Hemmnis die Veröffentlichung vorliegt, oder das öffentliche Interesse an der öffentlichen Bereitstellung überwiegt (§ 33 Abs. 6 i.V.m. § 32 Abs. 1 Satz 2 und 3 GeolDG).

Wir weisen vorsorglich bereits jetzt darauf hin, dass die Verfahren im Rahmen des GeolDG innerhalb der gesetzlichen Frist bereits auf Grund des Anhörungserfordernisses im Einzelfall zur Prüfung nach § 32 Abs. 1 Satz 1 GeolDG voraussichtlich nicht vollständig abgeschlossen werden können.

2. Bergbaudaten

Mit [REDACTED] BGE, wurden am 11. Februar 2020 in unserem Hause die Möglichkeiten der Digitalisierung von historischen Unterlagen zu den früheren bergbaulichen Tätigkeiten in Rheinland-Pfalz, die bis in eine Tiefe von mind. 300 m reichen, besprochen. Ein durch die BGE zu beauftragender Auftragnehmer sollte demnach auf dieser Basis die jeweils max. Teufen sowie die laterale Ausdehnung der Grubenbaue zur Feststellung der im Rahmen des Standortauswahlverfahrens auszu-schließenden „Umhüllenden“ ermitteln. Gemäß [REDACTED] sollten die durch das LGB übergebenen Informationen und Unterlagen zum historischen Bergbau seitens BGE ohne weiteren geologischen Bezug zur räumlichen Ermittlung der durch diesen beeinflussten Bereiche dienen. Das bedeutet, dass diese Daten nicht unter den Geltungsbereich des GeolDG fallen.

Vor diesem Hintergrund wurden Ihnen bis April 2020 die Rissdateien (ca. 3.700 Dateien zu den hier vorhandenen Scans der einzelnen Risswerksblätter), ein Auszug aus der zentralen Altbergbaurissdatenbank (Metadatenbank) mit 12.570 Einträgen und eine Arbeitsanweisung zur Georeferenzierung und Ablage der Risse digital übermittelt.

Gleichwohl finden sich die Einträge der Metadatenbank nun vollständig von der Gruppen-ID.: 18.246 bis 30.816 (12.570 Einträge) in dem übermittelten Excel-Spreadsheet, mithin 12.570 Einträge.



Hinsichtlich der an die BGE übergebenen ca. 3.700 Dateien zu den hier vorhandenen Scans der einzelnen Risswerksblätter verweisen wir zusätzlich auf das Schreiben des  im Auftrag des Direktorenkreises (DK) der Staatlichen Geologischen Dienste der Länder (SGD) vom 16. Juli 2020 und die zum Ausschlusskriterium AK.B19 bis AK.B22 gegebenen Erläuterungen, wonach das bergrechtliche Risswerk nicht vom Anwendungsbereich des Geologiedatengesetz (GeoIDG) erfasst wird.

3. Geologische Daten

Die Datensätze der geologischen Betroffenheiten können zu einem wesentlichen Teil nicht bzw. nicht sicher zugeordnet werden. Die von Ihnen in der Rubrik „Kenn-ID/Original-ID“, im Anschreiben erläutert als „Name, Identifier, sonstige Kennung des zu kategorisierenden Einzelobjekts“ ist in diesen Fällen nicht bekannt. Zum Teil fehlen diese Angaben auch vollständig. Weitere Informationen, die eine Zuordnung ermöglichen könnten, sind Ihrem Datensatz leider nicht zu entnehmen.

Bitte senden Sie uns eine vollständige Liste der Ihnen zur Verfügung gestellten Datensätze mit eindeutigen, nachvollziehbaren Identifikationsmöglichkeiten. Andernfalls ist eine Zuordnung der Dateneigentümer nicht möglich und die Verwaltungsverfahren können mangels Adressaten für diese Datensätze nicht eingeleitet werden.

